

Röhl, Klaus-Heiner

Article

Konzentrations- und Schrumpfungsprozesse in deutschen Regionen und Großstädten bis 2030

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Röhl, Klaus-Heiner (2013) : Konzentrations- und Schrumpfungsprozesse in deutschen Regionen und Großstädten bis 2030, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 40, Iss. 4, pp. 81-97,
<https://doi.org/10.2373/1864-810X.13-04-06>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/157093>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konzentrations- und Schrumpfungsprozesse in deutschen Regionen und Großstädten bis 2030

Klaus-Heiner Röhl, Dezember 2013

Seit der Jahrtausendwende nimmt die Anzahl der Einwohner in den deutschen Metropolräumen und Großstädten wieder zu. Das gilt auch für Ostdeutschland. Mit der stark angestiegenen Zuwanderung aus Mittelosteuropa und infolge der Krise in Südeuropa dürfte sich der Wachstumstrend in den deutschen Städten fortsetzen. Die steigende Studierneigung der Schulabgänger begünstigt die Urbanisierung zusätzlich. Dagegen wird sich der Bevölkerungsrückgang in vielen Teilen des Landes beschleunigen. In dem folgenden Beitrag werden Entwicklungsszenarien für die sieben größten deutschen Metropolregionen und die Städte mit mehr als einer halben Million Einwohner bis zum Jahr 2030 vorgestellt. Außerdem werden die Folgen der zunehmenden Diskrepanz zwischen den wachsenden Zentren und einer von Rückgang und Alterung der Bevölkerung geprägten Peripherie diskutiert.

Stichwörter: Regionalentwicklung, Verstädterung, Demografie, Konzentrationsprozesse

JEL-Klassifikation: J11, R12, R23

Zunehmende Urbanisierung

In dem folgenden Beitrag wird die Entwicklung der Bevölkerung nach Kreisen in Deutschland im Zeitraum 2012 bis 2030 anhand von drei Szenarien betrachtet. Das neue Wachstum der Großstädte bei beginnender Schrumpfung der Bevölkerung in wenig verdichteten Regionen hat sich zuletzt beschleunigt. Dies führt zu Engpässen besonders auf den großstädtischen Wohnungsmärkten und zur Überlastung von Infrastrukturen. Zudem hat sich das Wachstum aufgrund der steigenden Studierneigung der Schulabgänger auf kleinere Universitätsstädte ausgedehnt. Im Jahr 2012 nahm eine halbe Million Personen ein Studium auf. Das sind nur 10 Prozent weniger als die Anzahl derjenigen, die eine Lehre begann. Im Jahr 2000 waren es nur 315.000 Studienanfänger, zugleich gab es 623.000 neue Ausbildungsverträge (Statistisches Bundesamt, 2013a; 2013b). Hochschulstandorte werden zu Magneten für junge Menschen, und viele werden nach dem Studium dort bleiben oder in andere Großstädte ziehen, statt in die „Provinz“ zurückzukehren. Die Attraktivität der Städte steigt aber nicht nur aus dem Blickwinkel der Einwohner. Auch die Unternehmen werden Investitionen bei zunehmendem Fachkräftemangel eher auf Ballungsräume und

Universitätsstädte konzentrieren, um ihre Chancen zur Gewinnung von qualifizierten Nachwuchskräften zu erhöhen. In den Gründungsquoten innovativer Unternehmen ist dieser Trend bereits sichtbar (Investitionsbank Berlin, 2013). Als ein guter Indikator der auseinanderdriftenden Entwicklung von Ballungszentren und Peripherie können die Immobilienpreise herangezogen werden, die ausschließlich in den wachsenden Groß- und Universitätsstädten stark steigen (Haas et al., 2013, 5).

Den Infrastrukturen in den wachsenden Ballungszentren droht damit eine Überlastung, während in der dünn besiedelten Peripherie und zunehmend auch in kleineren Städten ohne Hochschulen Mittel für den Rückbau oder den Erhalt eigentlich überdimensionierter Infrastrukturanlagen aufgewendet werden müssen. Vor diesem Hintergrund werden in diesem Beitrag drei mögliche Szenarien für die 14 Großstädte mit mindestens 500.000 Einwohnern und die sieben führenden Metropolregionen in Deutschland bis zum Jahr 2030 vorgestellt. Abschließend wird auf die regionalpolitischen Antworten für die sich abzeichnenden Probleme eingegangen.

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung durch die Differenz der Geburten und Sterbefälle lässt sich im Gegensatz zu den schwankenden Wanderungszahlen relativ gut prognostizieren. Die durchschnittliche Anzahl der Geburten je Frau liegt in Deutschland seit Jahren bei knapp 1,4 und die Lebenserwartung steigt kontinuierlich leicht an (Emmerling, 2012). Da die Anzahl der Todesfälle in Deutschland die der Geburten inzwischen um fast 200.000 Personen pro Jahr überschreitet, sinkt die Bevölkerung ohne einen entsprechenden Zuwanderungssaldo. Aufgrund einer von 2003 bis 2009 sehr geringen Immigration gehen Bevölkerungsprognosen bereits von sinkenden Einwohnerzahlen aus (Statistisches Bundesamt, 2009). Die deutsche Bevölkerung ist in den letzten beiden Jahren aber zuwanderungsbedingt wieder gewachsen, nachdem sie zuvor mehrere Jahre lang geschrumpft war. Der geringe Anstieg der Einwohnerzahl um knapp 100.000 im Jahr 2011 und um 175.000 Personen im Jahr 2012, also ein Zuwachs von nur 0,1 bis 0,2 Prozent der Gesamtbevölkerung, verdeckt jedoch tiefgreifende regionale Veränderungen. Deutschland erlebt eine kräftige Reurbanisierung. Schon im Zeitraum 1999 bis 2008 nahm die Einwohnerzahl der deutschen Großstädte mit mehr als einer halben Million Einwohner um 3 Prozent zu, während die Bevölkerung insgesamt leicht schrumpfte (Geppert/Gornig, 2010).

In der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (2009) wird eine deutliche Abnahme der deutschen Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten prognostiziert. Dies gilt selbst für Varianten mit relativ hoher Zuwanderung: In der

Variante 1-W2 mit einer konstanten Fertilität von 1,4 Kindern je Frau und einer auf 200.000 ansteigenden Nettozuwanderung sinkt die Einwohnerzahl von 2009 bis 2030 um 2,8 Millionen auf 79 Millionen. Diese Bevölkerungsvorausberechnung kann aber angesichts der zwischenzeitlich stark angestiegenen Zuwanderung nicht mehr als eine Beschreibung der tatsächlichen Entwicklung der Einwohnerzahlen angesehen werden. Bereits 2012 lag die Einwohnerzahl nach Fortschreibungswerten mit rund 82 Millionen um 800.000 Personen über dem Wert der oberen Variante der Bevölkerungsvorausberechnung. Die Korrektur dieser Zahl infolge des Zensus 2011 um 1,5 Millionen Menschen hat zwar das Bevölkerungsniveau reduziert, ändert aber nichts an der derzeit positiven Tendenz.

Höhere Zuwanderung hält an

Aufgrund der wachsenden Offenheit Deutschlands gegenüber Migranten (OECD, 2013), der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union (EU) und der im europäischen Vergleich günstigen Bedingungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist zunächst nicht mit einem Rückgang der hohen Nettozuwanderung zu rechnen. Sie belief sich im Jahr 2011 auf 280.000 Personen, nach vorläufigen Zahlen waren es 369.000 Personen im Jahr 2012 und bereits 200.000 im ersten Halbjahr 2013. Zum Teil wird sogar ein weiterer Anstieg erwartet. Eine aktuelle Projektion (Meier, 2013, 466 ff.) sieht die wirtschaftlichen Differenzen zwischen Deutschland und den südlichen sowie den östlichen EU-Ländern als Haupttriebkraft der Zuwanderung und modelliert den Zuwanderungssaldo in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote in Deutschland und den Herkunftsländern. Als langfristiger Durchschnitt resultiert ein Migrationssaldo für Deutschland von 220.000 Personen, was leicht über der oberen Variante für die Zuwanderung der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung liegt (Statistisches Bundesamt, 2009; Meier, 2013, 470). Auffällig sind allerdings die Differenzen bis zum Jahr 2020, denn in der Vorausberechnung steigt die Nettozuwanderung langsam bis 2020 auf diesen Wert an, während sie tatsächlich weit darüber liegt und somit absinken müsste. Da ein spürbarer Rückgang der Arbeitslosigkeit in Südeuropa und eine zügige Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Südosteuropa zunächst nicht zu erwarten sind, wird für die Jahre bis 2017 ein Wanderungssaldo von 400.000 bis 500.000 Personen pro Jahr prognostiziert (Meier, 2013, 469). Dies wäre nicht nur eine deutlich höhere Zuwanderung als in der amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung, sondern auch eine stärkere Immigration als nachfolgend im oberen Szenario angenommen wird. In den nächsten fünf Jahren könnte der Zuwanderungsdruck auf die Großstädte noch höher ausfallen. Allerdings ist im weiteren Verlauf bis 2030 nach bisherigen Erfahrungen mit Wanderungsbewegungen eine Abschwächung wahrscheinlich. Verursacht durch eine steigende Rückwanderung von Migranten bei verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen in ihren Herkunftsländern, aber auch durch die mit der Immigration wachsende

Anzahl potenzieller Rückkehrer (Fuchs/Söhnlein, 2013) sinkt auch bei weiterhin hoher Bruttozuwanderung der Wanderungssaldo.

Die Prognose des Bevölkerungswachstums in Deutschland im Jahr 2030 ist jedoch nicht das Ziel dieses Beitrags. Daher wird auch auf eine demografische Modellierung von Geburten, Sterbefällen und Migration verzichtet. Im Mittelpunkt steht vielmehr die Frage der räumlichen Verteilung der Bevölkerung innerhalb Deutschlands mit einer immer schärferen Divergenz zwischen den attraktiven Metropolen und Großstädten sowie den Regionen, die das Geburtendefizit nicht durch Migrationsprozesse ausgleichen können. Durch die stärkere Immigration, die sich überwiegend auf die Ballungszentren richtet, wird die schon seit 15 Jahren in der deutschen Binnenwanderung wahrnehmbare Tendenz „zurück in die Stadt“ (Geppert/Gornig, 2010) noch einmal verstärkt. Bereits in der kurzen Zeitspanne von vier Jahren seit dem Basisjahr der jüngsten Bevölkerungsvorausberechnung ist es zu einem teils deutlichen Wachstum der Metropolen und vieler Großstädte in Deutschland gekommen. Dagegen war für die meisten Regionen, auch außerhalb Ostdeutschlands und der strukturschwachen westdeutschen Peripherie, die Entwicklung tatsächlich – wie vorausgesagt – abwärts gerichtet.

Die Zuwanderung konzentriert sich auf wirtschaftsstarke oder aus anderen Gründen attraktive Zentren, während periphere Gebiete, kleinere Städte und unattraktive Ballungsräume wie das Ruhrgebiet Bevölkerung verlieren. Der steigende Anteil der Studierenden in Deutschland begünstigt die Großstädte und führt unter den kleineren Städten zu einer Divergenz der Bevölkerungsentwicklung zwischen Hochschulstandorten und Städten ohne höhere Bildungseinrichtungen. Eine Rückwanderung der Hochschulabsolventen nach Studienabschluss in ihre Herkunftsregion ist zwar möglich, doch bleiben viele Absolventen am Ort ihres Studiums. Das liegt zum Beispiel daran, dass sie dort einen Partner gefunden haben oder schon vor dem Abschluss Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern knüpfen konnten. Suchen sich Hochschulabsolventen anderswo einen Arbeitsplatz, ist dieser der Qualifikation entsprechend oftmals in einer Großstadt.

Szenarien für die Entwicklung bis 2030

Wie stark die regionalen Konzentrations- und Entleerungsprozesse ausfallen können, denen sich Deutschland und die Bundesländer bis 2030 gegenübersehen, soll nachfolgend anhand einer Analyse der Bevölkerungsentwicklung in den 402 Kreisen in Deutschland ermittelt werden. Dafür wurden zunächst drei Szenarien geprüft, welche die aktuell höhere Zuwanderung unterschiedlich stark gewichten und deshalb bis zum Ende des Prognosezeitraums unterschiedliche Entwicklungen aufzeigen. Die Szenarien 1 und 2 berücksichtigen

die Bevölkerungsentwicklung seit 2005 und damit stärker die Jahre schwacher Zuwanderung von 2005 bis 2009. Szenario 3 nimmt die Wachstumsraten von 2008 bis 2011 als Basis, was den Anteil zuwanderungsstarker Jahrgänge erhöht:

- **Szenario 1:** Lineare Fortschreibung der Einwohnerentwicklung von 2005 bis 2011 bis zum Jahr 2030.
- **Szenario 2:** Fortschreibung des Bevölkerungswachstums mit der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des Zeitraums 2005 bis 2011 bis zum Jahr 2030.
- **Szenario 3:** Der gleitende Durchschnitt der Wachstumsraten von 2008 bis 2011 wird verwendet, um das Bevölkerungswachstum bis 2030 zu berechnen.

Als Ausgangsbasis der Szenarien wird die Fortschreibung der Daten des Zensus 2011 zum 31. Dezember 2012 gewählt. Das Wachstum wird jedoch anhand der Entwicklung der Fortschreibungsdaten von vor der Volkszählung berechnet. Zum einen stehen keine zurückgerechneten Werte der Zensusdaten zur Einwohnerzahl zur Verfügung. Zum anderen würde eine Fortschreibung der starken Bevölkerungszunahme des Jahres 2012 aufgrund des mit rund 370.000 Personen ausgesprochen hohen Wanderungssaldos zu unplausibel hohen Einwohnerzahlen im Jahr 2030 führen. Die Szenarien 1 und 2 führen zu sehr ähnlichen Ergebnissen für das Jahr 2030, sodass in der weiteren Betrachtung größtenteils eine Einschränkung auf die Szenarien 1 und 3 vorgenommen wird.

Bisherige Entwicklung in den Großstädten

Im Zeitraum 2000 bis 2011 erhöhte sich der Anteil der 14 deutschen Großstädte mit mindestens 500.000 Einwohnern (siehe hierzu Abbildung 1) – einschließlich Nürnberg, das laut Volkszählung 2011 weniger Einwohner hatte, aber diese Schwelle in Kürze wieder überspringen dürfte – an der deutschen Bevölkerung von 15,5 auf 16,4 Prozent. Dabei hat sich der Anstieg in den letzten drei Jahren beschleunigt. Dieser Trend „zurück in die Stadt“ zielt explizit nicht auf die Ballungsräume, sondern auf die urbanen Zentren: Geppert und Gornig (2010) weisen darauf hin, dass seit 2004 im Durchschnitt auch das Umland der Großstädte – abgegrenzt anhand der angrenzenden Landkreise – Einwohner verliert. Nur im Umland besonders wachstumsstarker Zentren wie München lässt sich eine weitere Suburbanisierung beobachten (iwd, 2013). Im Rahmen der drei untersuchten Szenarien wird ein weiterer Anstieg des Bevölkerungsanteils der 14 Städte auf 18,4 bis 18,8 Prozent im Jahr 2030 erwartet.

Die Bevölkerung Berlins ist im Zeitraum 2000 bis Ende 2011 nur um 3,5 Prozent gewachsen. Dies lag allein an der schwachen Entwicklung bis 2005. Seither hat das Bevölkerungswachstum stark an Dynamik gewonnen. Hamburg konnte über den gesamten Zeit-

raum moderate Zuwächse verbuchen, was sich in einer Zunahme um knapp 5 Prozent auf 1,8 Millionen Einwohner (vor dem Zensus) niederschlug. Die beiden größten deutschen Städte erfuhren jedoch im Rahmen des Zensus 2011 eine markante Abwärtskorrektur ihrer Einwohnerzahl um 4 bis 5 Prozent. In der angepassten Fortschreibung wiesen sie Ende 2012 nur 3,375 und 1,734 Millionen Einwohner auf. Berlin gewann allerdings 2012 fast 50.000 Einwohner, da sich die Hauptstadt trotz relativ hoher Arbeitslosigkeit zu einem internationalen Zuwanderungsmagneten entwickelt hat. Wachstumsspitzenreiter ist München, dessen Einwohnerzahl seit 2000 um 14 Prozent auf nunmehr 1,388 Millionen gestiegen ist. Die Korrektur durch die Volkszählung fiel hier moderat aus. Die Knappheitsprobleme und Preissprünge auf dem Münchener Wohnungsmarkt überraschen somit nicht und könnten in anderen Großstädten auftreten, wenn das hohe Bevölkerungswachstum der letzten Jahre andauert. Köln wuchs im vergangenen Jahrzehnt um 5,6 Prozent auf 1,024 Millionen Einwohner, Frankfurt sogar um 7 Prozent auf 688.000 Einwohner. Auch in diesen beiden Städten hat sich das Wachstum zuletzt beschleunigt.

Differenzierter verläuft die Entwicklung in den anderen Städten mit mindestens 500.000 Einwohnern. Duisburg lag im Jahr 2000 noch über dieser Schwelle, zählt nun aber aufgrund seiner anhaltenden Schrumpfung nicht mehr dazu. Auch Essen und Dortmund hatten – als einzige Städte unter den 14 analysierten – seit dem Jahr 2000 ohne Berücksichtigung der Zensusergebnisse Rückgänge der Einwohnerzahl um 3,7 und 1,4 Prozent zu verzeichnen. Dies verdeutlicht die Strukturprobleme des Ruhrgebiets. Das benachbarte Düsseldorf wuchs hingegen um 4 Prozent. Die wachstumsstärksten Städte dieser Größenkategorie sind die beiden sächsischen Zentren Dresden und Leipzig, die um knapp 11 und 7,8 Prozent zulegen. Gerade ab dem Jahr 2005 beschleunigte sich hier der Zuwachs entgegen dem ostdeutschen Trend noch. Leipzig konnte die Abwärtskorrektur durch die Volkszählung in nur zwei Jahren wieder ausgleichen und hatte im April 2013 über 525.000 Einwohner. Der erhebliche Wohnungsleerstand durch die Abwanderung in den 1990er Jahren ermöglicht derzeit noch ein spannungsarmes Wachstum.

Szenarien für die Städte bis 2030

Die Konzentrationsprozesse, die seit rund 15 Jahren zu beobachten sind, werden sich fortsetzen. Die beschriebene Migration richtet sich überwiegend auf die großen städtischen Zentren, in denen sich bereits familiäre und landsmännische Anknüpfungspunkte für die Zuwanderer befinden und das Potenzial an Arbeitsplätzen ebenfalls als groß einzuschätzen ist. Tabelle 1 zeigt die Entwicklung von 2015 bis 2030 für die 14 größten deutschen Städte auf Basis der drei beschriebenen Szenarien. Ihr Einwohneranteil steigt von 16,3 Prozent im Jahr 2012 auf 18,4 bis 18,8 Prozent im Jahr 2030 an. Dies entspräche unter den getroffenen Annahmen einer Einwohnerzahl zwischen 14,52 und 15,34 Millionen.

Tabelle 1

Einwohnerzahl der Großstädte in Deutschland

Einwohner in den Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern auf Basis von drei Szenarien in Millionen und Anteil an der Gesamtbevölkerung in Deutschland in Prozent

	2015	2020	2025	2030
Szenario 1: Lineare Fortschreibung seit 2005	13,4	13,8	14,1	14,5
Anteil	16,7	17,3	17,8	18,4
Szenario 2: Durchschnittliche Wachstumsrate seit 2005	13,4	13,8	14,2	14,7
Anteil	16,7	17,3	17,8	18,5
Szenario 3: Gleitender Durchschnitt des Wachstums 2008 bis 2011	13,4	14,0	14,7	15,3
Anteil	16,7	17,4	18,1	18,8

Die Basis bildet jeweils die Bevölkerungszahl zum 31.12.2012 basierend auf dem Zensus 2011; Nürnberg wird trotz des Unterschreitens der 0,5-Millionengrenze gemäß Zensus berücksichtigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Gemäß Szenario 3 wachsen vor allem München (32,9 Prozent), Frankfurt (30,1), Leipzig (27,2), Stuttgart (18,1) und Berlin (17,9) bis 2030 sehr stark. Diese Bevölkerungszunahme um bis zu einem Drittel bis zum Jahr 2030 ist nicht als eine mit großer Wahrscheinlichkeit eintretende Prognose zu verstehen. Vielmehr soll das Szenario vor allem die dramatischen Verschiebungen aufzeigen, die auf die deutsche Stadtlandschaft bei einem auf hohem Niveau anhaltenden Zuzug aus dem Ausland und bei fortgesetzt steigenden Studierendenquoten zukommen können. Tatsächlich dürften schon zunehmende Engpässe auf den städtischen Wohnungsmärkten – verursacht durch einen unzureichenden Neubau – dazu führen, dass im Zeitverlauf die Suburbanisierung um die genannten Städte wieder zunimmt und die Ballungsräume insgesamt wachsen. Dies gilt in besonderem Maß für München (Henger et al., 2014). Eine weniger starke Entwicklung wird durch Szenario 1 wiedergegeben, das für Metropolen wie München, Köln oder Berlin und Großstädte wie Stuttgart, Düsseldorf und Leipzig aber immer noch kräftige Bevölkerungszuwächse ermittelt. Dies wird die städtischen Infrastrukturen und den Wohnungsbau vor große Herausforderungen stellen.

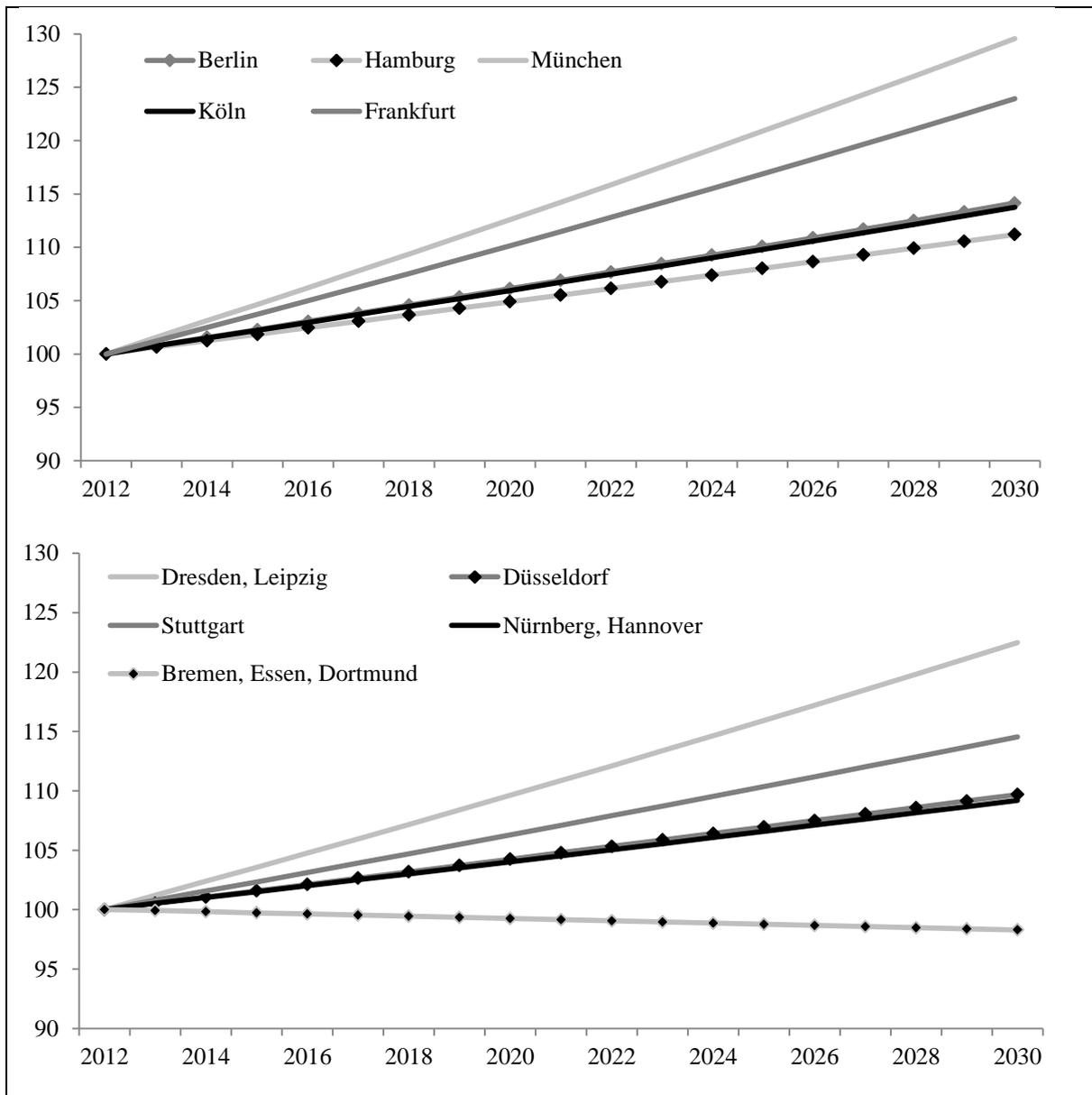
In Abbildung 1 wird der Mittelwert aus dem oberen Szenario 3 und dem unteren Szenario 1 für die fünf größten deutschen Städte und neun Großstädte (zum Teil gruppiert) dargestellt. Die Bevölkerung in München kann demnach bis zum Jahr 2030 um fast 30 Prozent zulegen. Angesichts zunehmender Engpässe auf dem Wohnungsmarkt dürfte allerdings ein Teil des Wachstums ins Umland „abgedrängt“ werden und dem Metropolraum zugutekommen. Ähnliches gilt für Frankfurt, dessen Bevölkerung im Mittel der beiden Szenarien um fast 24 Prozent steigt. Mit einer Einwohnerzunahme um je rund 14 Prozent bewegen sich Berlin und Köln eher in einem für die Stadtstruktur verkraftbaren Rahmen, die Herausforderungen sind aber trotzdem beträchtlich. Berlin würde bei gleichbleibender

Wohndichte von 1,8 Einwohnern je Wohnung bis 2030 insgesamt 260.000 zusätzliche Wohnungen brauchen, was einem Nettozubau von 14.440 Wohnungen pro Jahr entspricht. Dies sind deutlich mehr Wohnungen, als zuletzt geschaffen wurden. Im Jahr 2012 wurden 5.417 fertiggestellte Wohnungen bei 9.941 Baugenehmigungen registriert (Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, 2013a; 2013b). Zugleich sind es aber weniger Wohnungen, als in den 1950er bis 1990er Jahren pro Jahr gebaut wurden. Mit 11,2 Prozent mehr Einwohnern bis 2030 weist Hamburg den geringsten Zuwachs auf.

Abbildung 1

Projektion der Einwohnerentwicklung der Großstädte

Mittelwert des oberen und des unteren Szenarios, Index 2012 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Für die neun deutschen Städte mit 500.000 bis 600.000 Einwohnern ergeben sich stärker differenzierte Entwicklungsszenarien bis 2030 (Abbildung 1, unterer Teil). Dresden und Leipzig wachsen am schnellsten im Durchschnitt der oberen und unteren Szenarien und können eine Zunahme ihrer Bevölkerung um 22,5 Prozent verzeichnen. Zur besseren Übersichtlichkeit sind nur Düsseldorf und Stuttgart einzeln abgebildet, während die übrigen sieben Städte gruppiert werden. Hannover und Nürnberg weisen eine Zunahme um etwa 9 Prozent auf. Stuttgart verzeichnet bis 2030 ein Wachstum von 14 Prozent, während die Zunahme in Düsseldorf mit knapp 10 Prozent verhaltener verläuft. Bremen, Essen und Dortmund eint nicht nur ihre vergleichbare Ausgangsgröße von 560.000 bis 570.000 Einwohnern, sondern auch ihre schwache Bevölkerungsentwicklung bis 2030. Bremen entwickelt sich dabei noch etwas besser als die beiden schrumpfenden Ruhrgebietszentren.

Entwicklung der Metropolregionen

Im Folgenden werden die Entwicklungsszenarien für die sieben größten deutschen Metropolregionen betrachtet. Es handelt sich um die Großräume Berlin, Hamburg, München, Frankfurt und Stuttgart sowie das Ruhrgebiet und die „Rheinschiene“ Düsseldorf-Köln-Bonn. Die Hamburger Metropolregion umfasst die angrenzenden Kreise in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, mit Ausnahme der gering verdichteten Kreise Stade und Herzogtum Lauenburg mit je nur rund 150 Einwohnern pro Quadratkilometer. In der Metropolregion Berlin ist die Suburbanisierung in den brandenburgischen Nachbarkreisen mit einer Bevölkerungsdichte von nur 71 bis 116 Einwohnern je Quadratkilometer im Jahr 2012 zu gering ausgeprägt, um sie dem Ballungsgebiet zuzurechnen. Berücksichtigt werden deshalb nur die Stadt Berlin und Potsdam. Bei einer gemeindegrenzenorientierten Abgrenzung wäre der engere hauptstädtische Metropolraum um rund 750.000 Einwohner größer (Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, 2013c). In Frankfurt, Stuttgart und München bilden die Umlandkreise der Kernstädte die Metropolregion. Für die nordrhein-westfälischen Metropolregionen, die im Gegensatz zu den anderen fünf Ballungsräumen multizentrisch strukturiert sind, werden die Städte ab 500.000 Einwohner als Kernstädte definiert. Die Abgrenzung des Ruhrgebiets orientiert sich am Gebiet des Regionalverbands Ruhr (RVR). Die Rheinschiene enthält die Städte von Düsseldorf bis Bonn und die angrenzenden hochverdichteten Kreise.

Tabelle 2 zeigt die Entwicklung der Einwohnerzahl der Metropolregionen für die drei Szenarien. Im Ausgangsjahr 2012 hatten die sieben Regionen 22,27 Millionen Einwohner, was 27,7 Prozent der deutschen Bevölkerung entsprach. Im Jahr 2005 lag ihr Anteil erst bei 27 Prozent. Im Rahmen der Szenarien bis 2030 wird eine weitere Konzentration der Bevölkerung in den Metropolregionen erwartet. 2020 kann der Anteil an der Gesamtbevölkerung schon auf 28,6 bis 28,8 Prozent angewachsen sein, während im Jahr 2030 insgesamt

29,9 Prozent (lineare Fortschreibung) bis 30,2 Prozent (gleitender Durchschnitt) der Bevölkerung in den sieben bedeutendsten Metropolregionen leben werden. Hinter diesen relativ ähnlichen Werten stehen höhere Differenzen der Bevölkerungszahl: Da in Szenario 1 die Einwohnerzahl Deutschlands bis 2030 um 2,2 Prozent auf 78,74 Millionen schrumpft, steigt auch die Bevölkerung der Metropolregionen nur moderat um 5,7 Prozent oder 1,27 Millionen an. Im dritten Szenario wächst die gesamtdeutsche Bevölkerung – zuwanderungsbedingt – bis 2030 leicht um 1,4 Prozent. Die Differenz zu Szenario 1 kommt in einem erheblichen Umfang den Metropolregionen zugute, deren Einwohnerzahl daher bis 2030 um 2,39 Millionen oder 10,7 Prozent ansteigt.

Tabelle 2

Einwohnerzahl der Metropolregionen

Einwohner in den Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern auf Basis von drei Szenarien in Millionen und Anteil an der Gesamtbevölkerung in Deutschland in Prozent

	2015	2020	2025	2030
Szenario 1: Lineare Fortschreibung seit 2005	22,5	22,8	23,2	23,5
Anteil	28,0	28,6	29,1	29,9
Szenario 2: Durchschnittliche Wachstumsrate seit 2005	22,5	22,9	23,3	23,7
Anteil	28,0	28,6	29,2	29,8
Szenario 3: Gleitender Durchschnitt des Wachstums 2008 bis 2011	22,6	23,2	23,9	24,7
Anteil	28,1	28,8	29,5	30,2

Die Basis bildet jeweils die Bevölkerungszahl zum 31.12.2012 gemäß Zensus 2011.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

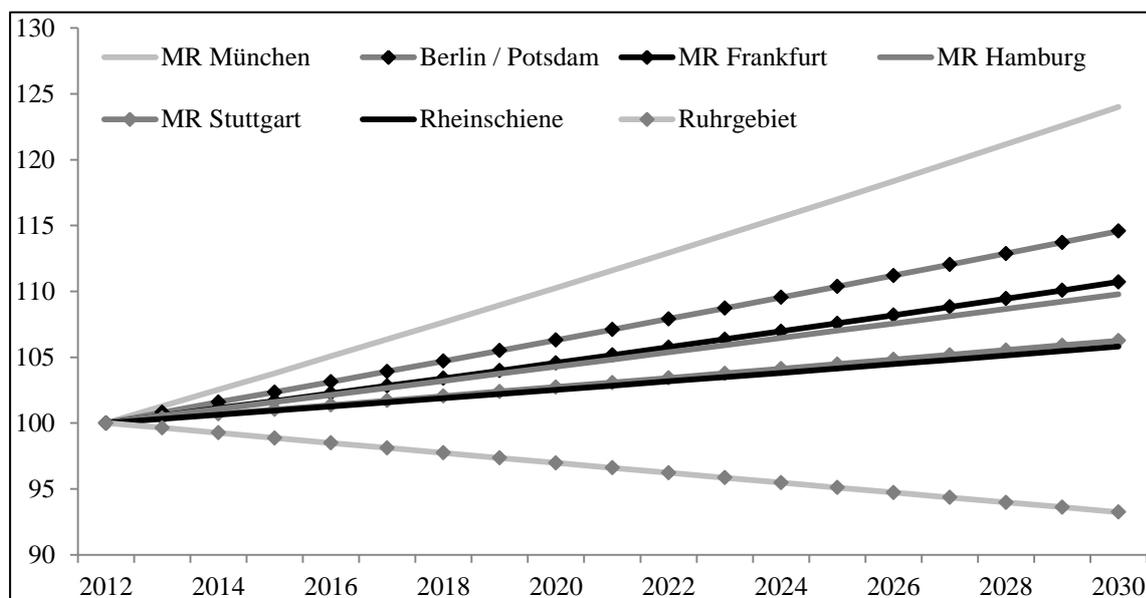
Abbildung 2 zeigt die Bevölkerungsentwicklung für die sieben Metropolregionen bis 2030, wobei zur Veranschaulichung wiederum der Mittelwert aus dem unteren Szenario 1 und dem oberen Szenario 3 gewählt wurde. Für den schnell wachsenden Großraum München ist der Unterschied zwischen den beiden Szenarien am geringsten, da München bereits seit geraumer Zeit zügig zulegt und die Differenz zwischen den beiden Szenarien mit ihren unterschiedlich langen Stützzeiträumen entsprechend gering ausfällt. Die Metropolregion München könnte bis 2030 demnach um 24 Prozent zunehmen, dabei wächst – wie oben ausgeführt – die Stadt um 30 Prozent. An zweiter Stelle folgt Berlin-Potsdam mit 14,5 Prozent (ohne die bislang nur schwach verdichteten Umlandkreise). Die Metropolregion Frankfurt gewinnt im Mittelwert aus dem oberen und unteren Szenario knapp 11 Prozent Einwohner hinzu. Die Region Hamburg vergrößert sich um etwa ein Zehntel, während die Region Stuttgart ähnlich wie die Rheinschiene Düsseldorf-Köln-Bonn nur einen Bevölkerungszuwachs von rund 6 Prozent verzeichnet. In diesen beiden Metropolregionen wachsen die Kernstädte deutlich stärker, während die Landkreise des Metropolraums eher

geringe Zuwächse verzeichnen. Eine Verknappung innerstädtischen Wohnraums kann zukünftig allerdings eine wieder ansteigende Suburbanisierung auslösen.

Abbildung 2

Einwohnerentwicklung der Metropolregionen

Mittelwert des oberen und des unteren Szenarios, Index 2012 = 100



MR = Metropolregion.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die ungünstigste Entwicklung unter den sieben Metropolregionen ist für das Ruhrgebiet abzusehen. Regionalökonomisch ist die Diskrepanz zwischen den wachsenden Städten der Rheinschiene und dem Ruhrgebiet auffällig, zumal die räumliche Distanz gering ist. Düsseldorf rangierte 2010 als führender Standort von Konzernzentralen, Versicherungen und Finanzdienstleistern mit einem BIP je Einwohner (auf Basis der Zensuswerte) in Höhe von fast 70.000 Euro auf Rang sechs der wirtschaftsstärksten Städte Deutschlands (iwd, 2013). Die Rheinschiene Düsseldorf-Köln-Bonn bildet neben den Regionen München, Stuttgart, Hamburg, Frankfurt und deutlich vor dem Raum Berlin einen der wirtschaftsstärksten deutschen Metropolräume. Während Essen mit einem BIP je Einwohner (auf Basis der Zensuswerte) von rund 45.150 Euro (2010) gleichauf mit Köln zu den überdurchschnittlich wirtschaftsstarken Großstädten zählt, sind die übrigen Ruhrgebietsstädte wirtschaftlich eher schwach. Für die schrumpfenden Industrien konnte bislang kein Ausgleich gefunden werden. Dortmund liegt mit einem BIP je Einwohner von 29.350 Euro in etwa auf dem Niveau Dresdens, und Bottrop, Herne und Oberhausen gehören mit einer Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung von 19.350 bis 23.000 Euro zu den strukturschwächsten kreisfreien Städten Deutschlands. Diese wirtschaftsstrukturellen Differenzen bestimmen auch die sehr

unterschiedliche Entwicklung der Bevölkerungszahl mit einem schrumpfenden Ruhrgebiet direkt neben den wachsenden Städten am Rhein.

Tabelle 3

Einwohnerentwicklung der Flächenländer

Anzahl der Einwohner auf Basis des Mittelwerts des oberen und des unteren Szenarios in 1.000 Personen und Index 2012 = 100

		2015	2020	2025	2030
Baden-Württemberg	in 1.000	10.600	10.686	10.772	10.859
	2012 = 100	100,3	101,1	101,9	102,7
Bayern	in 1.000	12.596	12.764	12.934	13.105
	2012 = 100	100,6	102,0	103,3	104,7
Brandenburg	in 1.000	2.420	2.376	2.331	2.287
	2012 = 100	98,8	97,0	95,2	93,4
Hessen	in 1.000	6.034	6.075	6.115	6.157
	2012 = 100	100,3	101,0	101,6	102,3
Mecklenburg-Vorpommern	in 1.000	1.569	1.519	1.469	1.420
	2012 = 100	98,0	94,9	91,8	88,7
Niedersachsen	in 1.000	7.743	7.694	7.645	7.596
	2012 = 100	99,5	98,9	98,3	97,7
Nordrhein-Westfalen	in 1.000	17.462	17.338	17.214	17.089
	2012 = 100	99,5	98,8	98,1	97,4
Rheinland-Pfalz	in 1.000	3.962	3.922	3.882	3.842
	2012 = 100	99,3	98,3	97,3	96,3
Saarland	in 1.000	977	951	924	898
	2012 = 100	98,3	95,6	93,0	90,3
Sachsen	in 1.000	3.989	3.898	3.808	3.718
	2012 = 100	98,5	96,3	94,0	91,8
Sachsen-Anhalt	in 1.000	2.188	2.074	1.962	1.852
	2012 = 100	96,8	91,8	86,8	82,0
Schleswig-Holstein	in 1.000	2.810	2.819	2.827	2.836
	2012 = 100	100,1	100,4	100,7	101,0
Thüringen	in 1.000	2.120	2.040	1.960	1.882
	2012 = 100	97,7	94,0	90,3	86,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Entwicklung in den Flächenländern

Während für die Metropolregionen, mit Ausnahme des Ruhrgebiets, und die meisten Großstädte aufgrund einer anhaltenden Zuwanderung aus dem Ausland, aber auch aus deutschen Regionen ein deutliches Wachstum der Bevölkerung erwartet wird, ist der positive Effekt für die Flächenländer – verursacht durch die in ihnen gelegenen wachsenden Städte – nur gering. Tabelle 3 gibt den Mittelwert aus dem oberen und unteren Szenario für die 13 Flächenländer wieder. Bayern weist mit einem Zuwachs von 4,7 Prozent die beste, Sachsen-Anhalt mit einer Schrumpfung um 18 Prozent die schlechteste Entwicklung auf. Spürbar legen nur Bayern, Baden-Württemberg und Hessen mit ihren wachstumsstarken Metropolregionen München, Stuttgart und Frankfurt zu. Schleswig-Holstein expandiert geringfügig, da ein erheblicher Teil des Landes zur Metropolregion Hamburg zählt. Nordrhein-Westfalen verliert bis 2030 etwa 2,5 Prozent seiner Bevölkerung, da die Schrumpfung des Ruhrgebiets und weiterer Regionen nicht vom Wachstum der Rheinschiene ausgeglichen wird. In Ostdeutschland weisen Brandenburg – mit Potsdam und den wachsenden Umlandgemeinden von Berlin – und Sachsen mit den attraktiven Städten Leipzig und Dresden die geringste Schrumpfung auf.

Kreise mit der ungünstigsten Entwicklung

In den peripheren ostdeutschen Regionen fällt die Schrumpfung am stärksten aus. Im ostsächsischen Kreis Görlitz liegt der Rückgang bis 2030 im Durchschnitt bei über 24 Prozent. Am stärksten sind der sachsen-anhaltinische Kreis Mansfeld/Südharz und der Elbe-Elster-Kreis in Brandenburg betroffen, die jeweils 28 Prozent an Bevölkerung einbüßen. Im thüringischen Greiz sind es 26 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern liegt der stärkste Rückgang für den Kreis Mecklenburgische Seenplatte bei rund 19 Prozent. Die ungünstigere Entwicklung im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern kommt auch darin zum Ausdruck, dass, mit Ausnahme einiger Großstädte wie Dresden, Leipzig, Erfurt, Jena und Rostock, alle Ost-Kreise Bevölkerung verlieren. Dagegen sind in den westdeutschen Ländern viele wachsende oder zumindest stagnierende Kreise zu finden.

Nicht nur in Ostdeutschland sind Regionen anzutreffen, die in naher Zukunft einem massiven Bevölkerungsrückgang entgegensehen. Auch in den expandierenden süddeutschen Bundesländern gibt es Regionen mit deutlichen Einwohnerverlusten. In Bayern muss der Kreis Wunsiedel im Fichtelgebirge bis 2030 mit einem Verlust von rund 20 Prozent seiner Einwohner rechnen. In Baden-Württemberg werden der Kreis Freudenstadt mit –11,3 Prozent und in Hessen der nordhessische Vogelsbergkreis mit einem Minus von fast 19 Prozent die ungünstigste Entwicklung aufweisen. In Niedersachsen ist der periphere Südosten besonders betroffen: Der Kreis Osterode am Harz könnte im Durchschnitt der beiden Szenarien 21 Prozent seiner Einwohner verlieren. In Schleswig-Holstein verliert der Kreis

Dithmarschen am meisten Einwohner. Allerdings fällt die Schrumpfung mit $-7,5$ Prozent moderat aus. In Nordrhein-Westfalen ist die stärkste Schrumpfung dagegen nicht in einer dünn besiedelten Region zu erwarten, sondern in der Stadt Remscheid ($-15,8$ Prozent). Nicht nur das Ruhrgebiet ist also dafür verantwortlich, dass Nordrhein-Westfalen entgegen dem Gesamttrend das Bundesland mit vergleichsweise vielen schrumpfenden Städten ist.

Schlussfolgerungen und politische Ansatzpunkte

Der Urbanisierungsprozess, der die Entwicklung der frühindustrialisierten Staaten vom 19. Jahrhundert bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg prägte, schien in den 1970er Jahren zunächst abgeschlossen zu sein. Die Massenmotorisierung begünstigte die Suburbanisierung und die Regionalpolitik tat ein Übriges, um durch Investitionen in Verkehrsinfrastrukturen und Zuschüsse zu Unternehmensinvestitionen Erwerbsmöglichkeiten in Kleinstädten und ländlichen Regionen zu schaffen. Doch die Reurbanisierungswelle seit der Jahrtausendwende zeigt, dass die Anziehungskraft der Großstädte wieder zunimmt. In der Wissensgesellschaft führt die globale Vernetzung bis ins letzte Dorf offenbar nicht dazu, dass das Leben auf dem Land mehr Zuspruch findet. Vielmehr bewirkt der Trend zur akademischen Bildung immer größerer Bevölkerungsanteile, dass die Rolle der Agglomerationseffekte wieder zunimmt. Universitäten, Forschungsinstitute, große Arbeitsmärkte mit vielfältigen Angeboten für Hochqualifizierte – auch in unterschiedlichen Berufsfeldern, was für Paare wichtig ist – und weiche Standortfaktoren wie Kulturangebote sprechen offensichtlich für das urbane Leben.

Der globale Urbanisierungstrend ist damit nicht nur für die Schwellenländer prägend (Saunders, 2011), sondern auch für die hochentwickelten, bereits stark urbanisierten Länder. Doch anders als in den Schwellenländern ist in Deutschland die Geburtenrate auch in den ländlichen Regionen niedrig, sodass die Abwanderung in die Städte einen bereits beginnenden „natürlichen“ Schrumpfungsprozess verstärkt. Deutschland muss sich daher auf steigende regionale Divergenzen zwischen den großstädtischen Zentren und den ländlichen Regionen einstellen.

Der Problematik einer zunehmenden Unterauslastung von Infrastrukturen und öffentlichen Diensten zunächst in den meisten ostdeutschen Regionen, bald aber auch in vielen Gebieten Westdeutschlands stehen drohende Überlastungen in den wachsenden Städten gegenüber. Diese lassen sich zum Teil bereits anhand von Engpässen auf den regionalen Wohnungsmärkten sowie bei Schulen und Kindergärten erkennen. Hieraus resultieren neben den schon seit mehreren Jahren diskutierten Kosten des Bevölkerungsrückgangs (Röhl, 2004; Berlin-Institut, 2011) zusätzlich Kosten der Konzentration in den Zentren, da die wachsende Bevölkerung mehr Wohnraum und Infrastrukturen benötigt. Während in vielen

Regionen mit ungünstiger Demografie zunehmende Belastungen durch den Rückbau von Wohnungen – in den neuen Bundesländern im Rahmen des „Stadtumbaus Ost“ seit Jahren praktiziert – und absehbar bald auch von überdimensionierten Infrastrukturen zu finanzierten sind, kommen auf die sieben größten deutschen Metropolregionen und die attraktiven Groß- und Hochschulstädte neue Herausforderungen durch eine starke Bevölkerungszunahme zu. Ihnen werden aber die langwierigen Planungsabläufe – etwa für den Ausweis neuen Wohnbaulandes – nicht gerecht. Auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss sich in diesen Großstädten auf weiter wachsende Fahrgastzahlen einstellen, die mehr Investitionen erfordern. Allerdings sind städtische Infrastrukturen je Einwohner effizienter bereitzustellen als suburbane oder ländliche. Ein dichtes ÖPNV-Netz ermöglicht einen umweltfreundlichen Personentransport, der in dünn besiedelten Regionen nicht finanzierbar ist – sowohl bei der aktuellen Bevölkerungsdichte als auch bei weniger Einwohnern. Eine stärkere Konzentration der Bevölkerung senkt tendenziell den Kohlenstoffdioxid-Ausstoß des Verkehrssektors.

Gleichzeitig ergeben sich durch die Urbanisierungswelle auch neue Wachstumspotenziale, denn städtische Bevölkerungen sind aufgrund von positiven Agglomerationseffekten wie etwa Wissensspillover im Durchschnitt produktiver als Einwohner im ländlichen Raum (Röhl, 2001, 97 ff.; Falck et al., 2013). Zudem kann bei effizienter Umnutzung vormals industrieller städtischer Flächen und Brachen das Wirtschaftswachstum noch stärker vom Flächen- und Umweltverbrauch entkoppelt werden, als dies in den letzten zwei Jahrzehnten bereits erreicht worden ist (Berlin-Institut/IASS, 2013, 9). Die Bundesregierung strebt einen Flächenverbrauch von nur noch 30 Hektar pro Tag für Siedlungs- und Verkehrsflächen an, zuletzt waren es noch 74 Hektar (Statistisches Bundesamt, 2012, 22).

Demgegenüber steht in den schrumpfenden, bereits jetzt dünn besiedelten Regionen das grundgesetzliche Postulat gleichwertiger Lebensverhältnisse infrage oder sollte zumindest neu interpretiert werden. Nicht in allen Regionen können zukünftig alle Leistungen der staatlichen Daseinsvorsorge von der Gesundheitsversorgung bis zum ÖPNV in der gewohnten Leistungsstärke und Dichte aufrechterhalten werden. Ein Ansatz wäre eine Konzentration der öffentlichen Angebote auf größere Orte in den Schrumpfungsregionen, in denen sich die Bevölkerung dann ebenfalls konzentriert. Kleine Dörfer müssen dann gegebenenfalls aufgegeben werden (Berlin-Institut/IASS, 2013, 22; 27). Dies widerspricht allerdings bislang der Regionalpolitik – und der regionalen Ausprägung weiterer Politikbereiche –, die noch immer eine flächendeckende Stärkung des strukturschwachen ländlichen Raums anstrebt (Deutscher Bundestag, 2009, 7 f.).

In vielen Regionen Skandinaviens und Nordamerikas besteht eine weit geringere Bevölkerungsdichte als in der deutschen Peripherie. Hier gibt es bereits praktizierte Lösungen für die Probleme, die auf Deutschland zukommen werden. Während einerseits die Vernetzung durch das Internet offenbar nicht dazu führt, dass die Peripherie wieder als ein attraktiver Wohnstandort wahrgenommen wird, kann sie andererseits zur Aufrechterhaltung öffentlicher Dienste genutzt werden. Diese reicht von E-Learning bis zu ländlichen Gesundheitszentren mit Telemedizinangeboten, die über Realtime-Daten- und Bildleitungen mit Fachärzten in Großstädten kommunizieren (Röhl, 2004, 190; Berlin-Institut/IASS, 2013, 46). ÖPNV-Angebote im ländlichen Raum können durch Rufbusse und Bürgertaxis ersetzt werden, wobei bislang die strengen Regelungen des Personenbeförderungsgesetzes und Versicherungsfragen eine Ausweitung über Pilotprojekte hinaus behindern (Berlin-Institut/IASS, 2013, 49). Die Bereitschaft der deutschen Politik zur Übernahme ausländischer Vorbilder scheint daher steigerungsfähig. Pilotprojekte sollten in einen regionalpolitischen Rahmen mit längerfristiger Perspektive überführt werden.

Literatur

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2011, Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg, Expertise im Auftrag des brandenburgischen Landtages, Berlin

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung / **IASS** – Institute for Advanced Sustainability Studies, 2013, Vielfalt statt Gleichwertigkeit – Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet, Berlin/Potsdam

Deutscher Bundestag, 2009, Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ab 2009, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 16/13950, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/139/1613950.pdf> [30.10.2013]

Emmerling, Dieter, 2012, Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen 2011, in: *Wirtschaft und Statistik*, Nr. 12, S. 1065–1078

Falck, Oliver / **Heblich**, Stephan / **Otto**, Anne, 2013, Agglomerationsvorteile in der Wissensgesellschaft: Empirische Evidenz für deutsche Gemeinden, in: *ifo Schnelldienst*, 66. Jg., Nr. 3, S. 17–21

Fuchs, Johann / **Söhnlein**, Doris, 2013, Projektion der Erwerbsbevölkerung bis zum Jahr 2060, IAB-Forschungsbericht, Nr. 10, Nürnberg

Geppert, Kurt / **Gornig**, Martin, 2010, Mehr Jobs, mehr Menschen: Die Anziehungskraft der großen Städte wächst, in: *DIW-Wochenbericht*, Nr. 19, S. 1–16

Haas, Heide / **Henger**, Ralph / **Voigtländer**, Michael, 2013, Reale Nachfrage oder bloße Spekulation: Ist der deutsche Wohnimmobilienmarkt überhitzt?, *IW policy paper*, Nr. 8, Köln

Henger, Ralph / **Schier**, Michael / **Voigtländer**, Michael, 2014, Wohnungsleerstand. Eine wirtschaftspolitische Herausforderung, *IW-Positionen*, Nr. 62, Köln

Investitionsbank Berlin, 2013, Berlin aktuell: Digitale Wirtschaft – Standortanalyse im Städtevergleich, http://www.ibb.de/PortalData/1/Resources/content/download/newsletter/berlin_aktuell/Berlinaktuell_Digitale_Wirtschaft.pdf [1.8.2013]

iwd – Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, 2013, Groß ist nicht gleich stark. Wirtschaftskraft der Städte, Nr. 31, v. 1.8.2013, S. 3

Meier, Carsten-Patrick, 2013, Deutlicher Anstieg der Nettozuwanderung nach Deutschland, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 7, S. 466–470

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2013, Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte: Deutschland, Paris, <http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/8113105e.pdf?expires=1380892791&id=id&accname=ocid41014028&checksum=D6A8F3995C6A61C3E98ACDE71A19532E> [4.10.2013]

Röhl, Klaus-Heiner, 2001, Die sächsischen Agglomerationsräume – Innovations- und Wachstumspole für die regionale Wirtschaftsentwicklung?, ifo Dresden Studien, Nr. 32, München

Röhl, Klaus-Heiner, 2004, Raumwirtschaft, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Perspektive 2050 – Ökonomik des demographischen Wandels, S. 173–192

Saunders, Doug, 2011, Arrival City – How the largest migration in history is reshaping our world, London

Statistisches Bundesamt, 2009, Bevölkerung Deutschlands bis 2060, Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2012, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei – Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung, Fachserie 3, Reihe 5.1, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2013a, Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen, Fachserie 11, Reihe 4.1, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2013b, Bildung und Kultur – Berufliche Bildung, Fachserie 11, Reihe 3, Wiesbaden

Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, 2013a, Mehr Wohnungen 2012 in Berlin fertig gestellt, Pressemitteilung, Nr. 128, v. 13.5.2013, Berlin

Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, 2013b, Starker Anstieg der Baugenehmigungen für Wohnungsneubauten in Berlin im Jahr 2012, Pressemitteilung, Nr. 61, v. 7.3.2013, Berlin

Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, 2013c, Metropolregion Berlin-Brandenburg, <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/regionales/rbs/metropolregion.asp?Kat=4201> [7.10.2013]

Concentration and Shrinking Processes in German Regions and Cities up to 2030

Since the turn of the millennium the populations of large German cities and metropolitan areas have been growing again. This applies even to eastern Germany, where the overall population trend has been consistently downward. With a steep rise in immigration from eastern central Europe and the effects of the economic crisis in southern Europe, the growth trend in German cities can be expected to continue. The increasing inclination of school-leavers to attend university is also promoting urbanisation. On the other hand, the decline in population in many parts of the country will accelerate. The article presents development scenarios up to the year 2030 for Germany's seven largest metropolitan regions and cities with more than half a million inhabitants. In addition, the consequences of the increasing discrepancy between the dynamic urban centres and a periphery characterised by a declining and ageing population are discussed.